

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1.50 M. für die Woche, 6.10 M. für den Monat. Durch die Post 6.10 M. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8337.

Mittwoch, den 14. September 1921

Ausgabenpreis: Die kleinste Millimeterzelle oder deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M., Stellen- und Wohnungsausschüsse, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsausschüsse 0.40 M. Restame: Die Millimeterzelle, beschriftet oder deren Raum im Text 8.— M.

Abwürgung des Achtstundentages?

Eine Anfrage an den ADGB

Das Echo, das die Schiffe auf Erzberger in den Arbeitermassen gewirkt haben, ist noch nicht verhallt, und schon kommt wieder eine Nachricht, die eine so offenkundige Verhöhnung des deutschen Proletariats bedeutet, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Der Hamburger Ortsauschuss des ADGB ist in den Besitz eines „Gesekentwurfes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeitnehmer“ gelangt, der vom Reich den Einzelstaaten zur Stellungnahme übermittelt worden ist. Das Mitteilungsblatt des Hamburger Ortsauschusses hebt selber als wichtigste Punkte dieses Entwurfes hervor:

Die Heimarbeiter, das Krankenpflegepersonal, Hausangestellte, die in der Verwaltung der Eisenbahn, Kleinbahnen, Straßenbahnen, Wassertrasse sowie anderer dem allgemeinen Verkehr dienenden Verkehrsmittel, die in der Fischer-, See- und Binnenwasserfahrt beschäftigten Personen werden von vornherein von der Verordnung ausgenommen. Offenbar soll ihre Arbeitszeit noch schlechter gestaltet werden als ohnehin schon in dem Gesekentwurf.

Die Arbeitszeit soll ausschließlich der Pausen, zu deren Festsetzung in Zukunft nicht mehr das Einverständnis, sondern nur noch die „Mitwirkung“ der Arbeitnehmer erforderlich ist, in der Regel nicht mehr als 8 Stunden betragen. Doch ist den Unternehmern gestattet, die 8-Stundentage auch anders zu verteilen. Schon allein durch diese Bestimmungen ist der 8-Stundentag völlig durchbrochen, doch es kommt besser.

Betrieben, in denen Arbeiten vorkommen, in deren Natur es liegt, daß sie auch Sonn- und Festtags nicht unterbrechen werden können und dadurch regelmäßige Tag- und Nachtschichten erfordern, soll gestattet sein, durchschnittlich 156 Stunden wöchentlich arbeiten zu lassen.

Bei „Konjunkturarbeiten“ kann auf Antrag des Unternehmers an 60 Tagen des Jahres (bisher 20) und mit dem Einverständnis einer „höheren Verwaltungsbehörde“ sogar noch darüber hinaus die Arbeitszeit verlängert werden. Doch den Gipfel der Frechheit: dem Reichsarbeitsminister soll das Recht eingeräumt werden, auf dem Verordnungswege die zulässige Arbeitszeit um täglich zwei Stunden zu verlängern. Das Hamburger Gewerkschaftskartell bemerkt selber hierzu: „Das ist praktisch die Einführung des 10-Stundentages“.

Weiterhin enthält der Entwurf noch folgendes Bemerkenswertes: Für Jugendliche beträgt die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich Fortbildungsschulzeit 54 Stunden. Eine Sonntagsruhe ist in dem Entwurf nicht vorgesehen. Schichtarbeit an Sonn- und Feiertagen wird in Zukunft gestattet, so daß diese Betriebe von vornherein eine 56stündige Arbeitswoche haben.

Was bedeutet dieser Schritt der Regierung?

Die Arbeiterklasse beginnt eben aufzumarschieren zur Entscheidungsschlacht, wer die Steuern zahlen soll, um die bankrotte Republik am Leben zu erhalten; die hungernden Volksmassen oder die profitierenden Unternehmer. Schon haben die Vorkampfbefehle begonnen.

Die Unternehmer wollen sich gegen die kommenden Lasten auf alle Fälle sichern, sie nehmen Zukunftswechsel auf die kommenden Steuern; unabhängig erhöhen sie die Preise. Die Banknotenpresse arbeitet wie rasend; an der Börse Fieberfieber, Panik, Millionenverdienste, die Kurse steigen, die Preise steigen, und die Volksmassen versinken in immer tieferes und hoffnungsloseres Elend.

Die Arbeiterklasse beginnt sich zu wehren. In hunderten von Einzelkämpfen versucht sie, das unablässige Sinken ihres Reallohnes aufzuhalten, aber umsonst: die paar Pfennige, die sie sich heute mühsam erkämpfen, sind morgen schon längst durch die Teuerung weit gemacht. Und immer enger legt sich die Schlinge um den Hals des Proletariats.

Mitten in diese Situation knallen die Schiffe des Erzbergermörders, und die Proletarier schaukeln in das nach, unerschütterlich, unflexibel, Gesicht der Konterrevolution. Man wurde auch den letzten Arbeitern die großen Zusammenhänge klar:

Kapital und Arbeit stehen einander gegenüber, Auge in Auge.

Wer soll die Lasten des verlorenen Krieges, die Lasten der Wiedergutmachung tragen? Jene Richtiger, Wucherer und Schieber, jene miteinander verbündeten Schlachthaus, Bankiers, Junker und wilhelminischen Generale, die strupplos dem Volke das Wort aus den Mäulern leeren, aber aber die breiten Massen des schaffenden Volkes, die heute schon vielfach keine Butter auf dem Brode, kein Fleisch auf dem Beibe haben? Das hieße für diese endlos verlängerte Arbeitszeit, noch längere Löhne, noch größere Not.

Die erste Antwort auf die Frage gab die Monarchischenteile mit Revolvergeschüssen. Sie hallten laut und grausam durch das Land. Und die Arbeiter haben sie gut verstanden.

Die zweite Antwort gibt heute die Reichsregierung. Ihr Entwurf zeigt den Weg, den sie zu beschreiten gedenkt: die Einführung des 10stündigen Arbeitstages

hält sie kaum noch für nötig vor den Arbeitern mit Phrasen zu verbeden. Sonntagsarbeit, Abbau des Jugendschutzes, Lär- und Tor ist offen für jede verschärfte Ausbeutung und Quälerei.

Die Reichsregierung hat laut und unzweideutig geantwortet: Sie steht auf Seiten der Schlachthaus, Junker, Bankiers und damit — trotz aller Worte — auf Seiten der Konterrevolution und gegen die schaffenden Schichten des Volkes.

Neben dem Sturm auf den Achtstundentag laufen der neue Steuerabzug und der Preiswucher zusammengekommen auf das Ziel hinaus, alle Kriegslasten durch Herabdrückung der Lebenslage und schärfere Ausbeutung der wertaktigen Massen aufzubringen.

Was ist zu tun?

Wir können nicht annehmen, obwohl das höchst sonderbar erscheint, daß die Führer der Gewerkschaften, die doch in engem Zusammenhang mit der Reichsregierung stehen, von diesen Dingen nicht unterrichtet sind. Es wäre sonst ihre heilige Pflicht gewesen, die Arbeiterklasse auf die schweren Gefahren, die ihr drohen, aufmerksam zu machen und sie dagegen zu mobilisieren. Um so mehr ist es heute Pflicht aller Arbeiterparteien, sofort zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Eins ist klar: die Gefahr kann nur abgewehrt werden durch den einmütigen und entschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterklasse. Es geht um Leben und Sterben des Proletariats, es geht um die Erhaltung der Gewerkschaften, um den Schutz der Revolution.

Wir müssen es aussprechen daß dieser Kampf durch die gegenwärtige Haltung der Gewerkschaftsleitung des ADGB auf das schwerste gefährdet wird.

In zahllosen Einzelkämpfen ist die Arbeiterklasse verwickelt. Nirgends magt sie deshalb, auch nur genügende Lohnforderungen zu stellen. Das Gesamtergebnis dieser Einzelkämpfe ist heute schon für die Arbeiterklasse ein harter Mißerfolg.

Dabei hat die Teuerung kaum erst begonnen, und die neuen gewaltigen Steuern sind noch nicht einmal beschlossen. Wenn das so weiter geht, sind die Massen der Gewerkschaften bald leer. Dann wird die Arbeiterklasse eine so gewaltige Niederlage erleiden, daß sie zugleich die Ergebnisse der deutschen Revolution in Frage stellt.

Diese Tatsachen liegen so klar, daß sich ihnen selbst solche Gewerkschaften nicht verschließen können, die sich durchaus in den Händen der SPD. befinden. Die „Bergarbeiterzeitung“ schreibt z. B.:

„Die unerhörte Preissteigerung und schamlose Bewucherung des Volkes haben jetzt eine Atmosphäre geschaffen, die auch unheilvoll für die Arbeiterbewegung werden kann. Die ausbrechenden Leiststreiks sind gewiss Verzweigungsausbrüche, man muß sich aber fragen, ob diese den Erfolg — falls überhaupt einer erzielt wird — lohnen. Die jetzige Bewegung hat alle Berufsgruppen erfasst, weil doch alle Arbeiter unter der Teuerung leiden, so daß eine geschlossene Front gewiss eine bessere Kampfstrategie bildet, als kleine Streiks, oft nur lokaler Art. In tage- und wochenlangen Streiks verbluten sich einzelne Orts- und Berufsgruppen, um einen Erfolg zu erzielen, welchen die geschlossene Arbeiterklasse in Stunden oder auch ohne Kampf bekommen hätte. Interesse an solchen Leiststreiks haben nur die Würdigen, um im Erdben sitzen zu können. Wird es notwendig sein, einen Kampf aufzunehmen, so werden die Arbeitergewerkschaften aller Richtungen aufmarschieren.“ (Wir würden uns sehr freuen, wenn dies wirklich geschehen würde. Die Red.)

Wir müssen festhalten, daß diese Einstellung durchaus unserer Auffassung entspricht. Nicht sich in Einzelkämpfen verbluten, sondern gemeinsames Auftreten der gesamten Arbeiterklasse. Das erst gibt dem Proletariat jenes Klassenbewußtsein, jenen siegesfähigen Kampfesgeist, vor dem die Bourgeoisie stets angstvoll zurückweicht.

Es wäre die größte Torheit und ein Verbrechen an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, wollte sie sich in der Stunde der höchsten Gefahr in Atome zersplittern, anstatt sie in einen einzigen fahharten Block zusammenzuschweißen. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen muß überall, wo es noch nicht geschehen ist, schnell Stellung genommen werden zur Abwehr dieser großen Gefahren.

Es gilt in kampfbereiter Einheitsfront aufzumarschieren für die Forderungen:

Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden, damit auch die Arbeitslosen eingestellt werden können, unter Beibehaltung voller Löhne.

Ohne Genehmigung des Betriebsrates dürfen keine Ueberstunden gemacht werden.

Freilassung aller Einkommen unter 24 000 Mark von jeder direkten und indirekten Steuer.

Zusammenfassung der schon vorhandenen Lohnbewegungen, um sie mit sicherem Erfolg führen zu können. Außerdem Kampf in einheitlicher Front für allgemeine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterhaltungen um mindestens mindestens 100 Prozent.

Rücktritt der Kahrregierung?

(W.S.) München, 11. September.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amlich: Nach dem Beschließen des ständigen Landtagsausschusses von gestern sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungsverbote entsprechend den Beschlüssen des ständigen Landtagsausschusses geändert werde. Die bayerische Regierung hat heute bei dem ständigen Landtagsausschusse noch den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes dann nähergetreten werden soll, wenn die Verhältnisse es gestatten. Dieser Zusatz ist in der Sonntagsitzung dem ständigen Landtagsausschusse mit Mehrheitsbeschluss abgelehnt worden. Deshalb ist der Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Dr. Roth zurück.

(L. U.) München, 12. September 1921.

Wie uns mitgeteilt wird, hat das Gesamtministerium in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Danach ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 66 der Verfassung führen die bisherigen Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Die sozialdemokratische Presse beider Richtungen jubelt darüber, daß der Ministerpräsident von Kahr und der Justizminister Roth ihren Rücktritt erklärt haben. In der bürgerlichen Presse, die der Reichsregierung nahesteht, wird dieser Rücktritt als ein voller Sieg der Reichsregierung gepriesen. Die Arbeiterklasse darf sich indessen durch diese Stimmen nicht täuschen lassen, sondern muß ganz nüchtern prüfen, welche Bedeutung der neuesten Wendung in Bayern zukommt.

Unzweifelhaft hat Kahr eine politische Niederlage erlitten. Der Rückzug der beiden hervorragenden Führer der Monarchistenfreunde ist nur ein Scheinmanöver. Die Konterrevolution will in Bayern ihre Stellungen halten. Sie sieht sich im Augenblick genötigt, eine hervorragende Position aufzugeben, die sich infolge einer falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses nicht mehr halten ließ. Die alten Kapprebell von Kahr, Boehner und Kraus wollten eine bedingungslose Unterwerfung der Reichsregierung. Sie wollten die Proklamierung des bayerischen Belagerungszustandes über ganz Deutschland. Berlin sollte nach München verlegt werden.

Keine Täuschung. Die Annahme des Kompromißvorschlages im ständigen Landtagsausschusse in München ändert an dem gegenwärtigen Zustand so gut wie nichts. Bayern wagt keine „Hohelohrechte“. Für die Beschlagnahme von Zeitungen sind nach dem hauptsächlich umstrittenen Paragraph 4 der Reichsverordnung die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen zuständig. Der Reichsminister des Innern hat die Landeszentralbehörden um den Ausdruck eines Verbotes oder einer Beschlagnahme zu ersuchen. Stimme die Reichsregierung einer solchen Fassung des Paragraph 4 des neuen Entwurfs der Reichsverordnung zu, so würde Bayern mit sich reden lassen und den Ausnahmezustand eventuell aufheben.

Nimmt die Reichsregierung diesen Vorschlag an, so ist sie nach wie vor in Bayern machtlos und über dem Reichsinnenminister Dr. Grafnauer sitzt mit oberster Befehlsgewalt der Münchener Polizeipräsident Boehner. Justiz, Verwaltung und Polizei, kurzum die gesamte Exekutive der Landesregierung sind nach wie vor fest in den Händen der Deutschnationalen. Diesen Deutschnationalen ist die Ausführung der Reichsgesetzgebung übertragen. Die Arbeiterklasse ist ihnen restlos ausgeliefert. Von einer freien, ungehinderten politischen Tätigkeit kann keine Rede sein. Weder werden die Verbote über kommunistische Zeitungen fallen, noch ist an eine legale Betätigung der kommunistischen Partei in Bayern zu denken. Die überfüllten Gefängnisse und Justizhäuser sind die Voraussetzung für die Herrschaft des Kahr-Systems. Kahr geht — sein System bleibt. Das parlamentarische Kompromiß zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung lockt noch nicht einmal die Fesseln, mit denen das Proletariat gebunden ist.

Die Sozialdemokratie unter Führung Luers hat in dieser bedeutungsvollen Entscheidung nicht an die arbeitenden Massen Bayerns und schließlich ganz Deutschlands appelliert. Die SPD. und USPD. haben die Verständigung mit Kahr gesucht. Sie haben einen Burgfrieden geschlossen mit seinem System.

Die Arbeiterklasse aber hat jetzt erst recht die Aufgabe reale Garantien zu fordern und durchzusetzen gegenüber den konterrevolutionären und monarchistischen Bestrebungen.

in Bayern. Die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft in Bayern darf in nichts verkümmert sein gegenüber der im übrigen Reich. Im übrigen muß die Arbeiterschaft im ganzen Reich jetzt die Durchführung der Forderungen erzwingen, die in fast gleichlautender Formulierung von allen Arbeiterparteien erhoben worden sind:

Reinigung der Verwaltung und der Justiz von allen monarchistischen und konterrevolutionären Elementen.

Entfernung aller konterrevolutionären und monarchistischen Offiziere aus Reichswehr und Schutz.

Aufhebung jedes Ausnahmezustandes im ganzen Reich.

Entlassung aller gefangenen revolutionären Arbeiter.

Erst wenn diese Forderungen wirklich durchgeführt worden sind, ist das nächste Ziel erreicht, das sich die gesamte Arbeiterschaft anlässlich der Ermordung Erzbergers zur Sicherung der Republik und der Revolution stellen mußte. Zur Erreichung dieses Ziels muß die Arbeiterschaft ihre Kräfte noch mehr als bisher sammeln. Die Sicherung dieser Schritte gibt der Arbeiterschaft zugleich die Gewähr, daß die ihr aufgezogenen wirtschaftlichen Kämpfe gegen Prekäre und Steuerbelastung unter Bedingungen geführt werden können, die nicht von vornherein den gesamten staatlichen Machtapparat in den Diensten der reaktionären Scharmacher stellen.

Politische Uebersicht.

Für die sofortige Entfernung der reaktionären Beamten.

Die Vorkämpfer des Hauptpostamts I Schöneberg nahmen in einer Betriebsversammlung folgende Resolution an:

Die heutige Betriebsversammlung nimmt mit größter Entschiedenheit Kenntnis von den schändlichen Verhandlungen und Abmachungen der Gewerkschaftsvertreter betreffend unserer berechtigten Forderungen. Die Versammelten erkennen die Lohn- und Gehaltserhöhung nur als eine vorläufige Abschlagszahlung an und fordern ihre Organisationsleiter auf, sofort weitere Schritte zu unternehmen, um der hungernden Arbeiterschaft ihre Existenz zu sichern, denn die jetzigen Löhne entsprechen nicht der gegenwärtigen Leistung.

Ferner fordern sämtliche Versammelten gemäß des Erlasses des Reichspräsidenten

Entfernung aller reaktionären Beamten aus den Verwaltungen.

Die Versammelten geloben, einheitslich zusammenzutreten und alle Mittel, eventuell auch das Schwert, anzuwenden, bis sie ihr Ziel erreicht haben.

Aufhebung von Verboten kommunistischer Zeitungen.

(KPD) Berlin, 10. Septbr.
Zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der kommunistischen Partei hat heute eine Verständigung stattgefunden. Auf Grund der von der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärung hat der Reichsminister des Innern das Verbot über die Blätter in Frankfurt am Main, Kassel, Halle und Breslau aufgehoben.

Am 9. September hat der Beschwerdeausschuß des Reichsrats das Verbot über 6 deutschsprachige Blätter aufgehoben. Das Wiedererscheinen der Wulff-Blätter mußte auf die Arbeiterschaft als eine unerhörte Herausforderung wirken. Die Regierung scheint eingeschüchelt zu haben, daß es nach dieser Sachlage ganz unmöglich war, die kommunistischen Zeitungen weiterhin zu verbieten. Sie mußte zunächst zu einer Aufhebung der Verbote gelangen. Die in Frage kommenden kommunistischen Zeitungen waren dem Fallbeil der Ober-Verordnung erlegen wegen „Gefährdung der Staatsautorität“. Wie wir erfahren, bedeutet die Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion, von der in der obigen Meldung die Rede ist, keinerlei Einschränkung des jährlichen Kampfes der kommunistischen Presse für die Grundzüge unserer Partei. Ganz abgesehen davon, daß die Reichstagsfraktion in einer solchen Erklärung weder autorisiert, noch berechtigt ist, würde kein Kommunist jemals eine dahingehende Erklärung abgeben.

Die Kommunisten haben das größte Interesse daran, daß der Kampf gegen das kapitalistische System nicht abgeleitet wird auf einen Feldzug gegen bestimmte Personen. Wir haben bereits in früheren Auslassungen erklärt, daß wir der Regierung keine Gelegenheit geben werden, wegen „persönlicher Beschimpfungen“ die kommunistische Presse zu verbieten.

Aus dem Bericht des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weißmann, den dieser am 27. August auf Anforderung seiner vorgelegten Behörde machte, und den wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten, geht klar hervor, daß die reaktionären Elemente in der Verwaltung nur darauf warten, unsere Zeitungen verbieten zu können. Die kommunistische Presse ist, wie keine andere, Zeitungsblätter und Zeitungsverbote gewohnt. Wir wissen, daß die Zulassung der Klassenkampfe auch in der freiesten Demokratie der Welt das Verbot kommunistischer Zeitungen zu einer dauernden Regierungseinstellung machen.

Zum Verbandstag der Metallarbeiter.

Der 15. Verbandstag der Metallarbeiter, der vom 12. bis 17. September in Jena tagt, wird nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für das gesamte deutsche Volk ein internationaler Proletariat von großer Bedeutung sein. Haben doch schon die Zahlen zu diesem Parlament die gesamte Breite und das ganze öffentliche Interesse in Anspruch genommen. Um so mehr wird man nach Jena blicken, wo die größte Gewerkschaft Deutschlands zu treffen hat, die für das gesamte Proletariat in seinem ferneren Emanzipationskampf von entscheidender Wichtigkeit ist. In der heutigen Zeit, wo die politischen Fragen hochsteigen, wo die Gefahr des Proletariats als inneren Feind steigt, wo die Kapitalisten nicht mehr in der Lage sind, seine Lohnkämpfe zu beschwichtigen und zu erschrecken, müssen die Arbeiter aufpassen, daß sie für das Proletariat immer unangenehmer werdenden Situationen innerhalb des kapitalistischen Systems ihre Entscheidungen treffen.

In dieser Richtung hat der 14. Verbandstag 1921 in Stuttgart bestanden. Aber es muß gesagt werden,

In alle Lokal- und Bezirks-Komitees der Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland.

Wir weisen alle Sammelstellen unserer Komitees an, sofort alle Bekünder an Kleidungsstücken, Lebensmitteln, usw. an unsere

Hauptstelle: Max André, Steffin, Freiweiler, abzugeben. Sorgt für gute Verpackung. Jeder Sendung ist ein Verzeichnis beizulegen. Eine genaue Abschrift des Verzeichnisses ist an unser Komitee, Berlin, Rosenthaler Straße 28, einzusenden.
Das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

daß der Vorstand und der erweiterte Beirat die Beschlüsse, die sie selbst auf dem letzten Verbandstage mitbeschlossen hatten, nicht durchführten, ja zum Teil direkt sabotierten. Wir erinnern nur an die Ausführungen D. J. M. A. n. S. über das Selbstbestimmungsrecht der Vorkämpfer und der Mitglieder, das direkt mit Füssen getreten worden ist und wozu gerade die Stuttgarter Verwaltungsstelle ein Lied singen kann. Wie hatten große Kämpfe im Verband und nicht zuletzt gerade um die Durchführung der Beschlüsse jener Generalversammlung. Gätten wir unsere ganze Kraft und Energie, die wir aufzubringen, um uns gegenseitig zu bekämpfen, nicht besser brauchen können gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus? Jawohl! Wir sind jederzeit für die Einheit des Verbandes und haben auch in diesem Sinne in der Mitgliedschaft gewirkt, nur mit dem Unterschiede, daß wir dabei stets die Durchführung der Beschlüsse der 14. Generalversammlung im Interesse der Organisation in den Vordergrund stellten. Aber gerade weil wir das taten, traf uns der Mannstrahl des erweiterten Beirats, den er in seiner Sitzung vom 19. bis 15. Januar 1921 gegen uns schleuberte mit seiner ganzen Schärfe. Kommunisten wurden aus der Organisation ausgeschlossen, nicht weil sie gegen das Statut verstoßen oder sonst die Organisation geschädigt haben, sondern weil sie eben Kommunisten waren. Eine solche Einstellung dient nicht der Einigung, sondern mußte bei einem großen Teil der Kollegen und nicht bei den Schlechtesten, Mißtrauen und Erbitterung gegen die Führer der Organisation hervorrufen.

Was hat der Vorstand auf dem Wege zur Umgestaltung der Organisation zum Industriefverband getan? Gewiß ist nicht zu verkennen, daß dabei große Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Aber wenn man gerade hier mit der Energie, die man wo anders an den Tag legte, vorgegangen wäre, müßte

Hilfe für Sowjetrußland.

In alle Bezirkskomitees der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Wir fordern alle Bezirks- und Lokalkomitees der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland auf, umgehend über ihre seitherige Tätigkeit und Erfolge einen umfangreichen Bericht an uns einzusenden. Bei der Berichterstattung sind die Herausgaben und Rundgebungen sowie die Ergebnisse der Sammlungen des 3. und 4. Septembers besonders zu erwähnen.

Reichsleiter Arbeiterhilfe für Sowjetrußland
Berlin N 54, Rosenthaler Straße 28.

Ein Beweis unserer Solidarität.

In einer Betriebsversammlung der Firma Labage und Oette in Hamburg wurde auf Antrag der SPD-Arbeiter einstimmig beschlossen,

23 000 Mark für Sowjetrußland abzuführen.

Ergebnisse des Kampftages in Berlin.

Von den 20 Verwaltungsbezirken der kommunistischen Partei Groß-Berlins konnte der 6. Bezirk als vorläufiges Ergebnis seiner Sammeltätigkeit

23 000 Mark in bar abrechnen. Nehmlich günstige Berichte erhalten wir aus den anderen Bezirken. Sammelt unermüdet weiter. Unsere russischen Brüder bedürfen dringend der Hilfe.

Ein leuchtendes Beispiel.

Einige kommunistische Genossen, die seit Monaten auf der Forderung nach Freiheit in Rußland der Freiheit brennen, ließen an das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland 26 M. ab. Gut ab von den treuen Kampfern, die auch in schwerster Zeit, unter größter Entbehrung ihre Opfertätigkeit für die Sache des Proletariats beweisen.

Brüderliche Hilfe.

Die Arbeiter der Juche Diergardt, Duisburg-Renkenkamp, Schacht 3, veranstalteten eine Sammlung zugunsten der hungernden Brüder in Sowjetrußland. Die Sammlung ergab den Betrag von 455 M., welcher sofort dem Zentralkomitee in Berlin überwiesen wurde. Wir empfehlen allen Arbeitern und Angehörigen, diesem Beispiel eifrig brüderlicher Solidarität nachzugehen.

der Fortschritt auf diesem Gebiete größer sein. In der Zeit der Konzentration des Kapitals, wo man mit allen Mitteln versucht, die letzten Reste der Revolution, den Nährboden, dem Proletariat abzurufen, wo der Kapitalismus sein Haupt mit dem hundertfachen Einsatz die ganze Kriegs- und Reparationslast auf das Proletariat abwälzt, finden wir unsere Organisation nicht gerade, um gegen all die Lasten, die wir zu tragen haben und die uns noch erschwerter werden, abzuschnitten und dem immer mehr ins Elend sinkenden Proletariat als größte Organisation, kampfbereit und während in seinem wirtschaftlichen Kampfe voranzugehen. Das zeigen uns die verschiedenen Lohnkämpfe im ganzen Reich, die mit den alten gewerkschaftlichen Kampfmethoden der Vorkriegszeit geführt werden.

Der Vorstand wird in wenigen Tagen mit dem Forum des Verbandes in Jena über seine Tätigkeit der letzten zwei Jahre Rechenschaft geben müssen. Eine reichhaltige Tagesordnung und eine Fülle von Anträgen, 21 an der Zahl, liegt dem Verbandstag zur Beratung und Entscheidung vor. Wir wollen heute darauf verzichten, näher auf die Tagesordnung und die Anträge einzugehen, wir wollen den Verbandstag selbst sprechen lassen.

Durch die für uns geschehenen, nur gegen die Kommunisten gerichteten Behinderungen, hat sich in der Tat eine Reihe von ihnen dem Verbandstag gegenüber.

Wir haben aber als Aufgabe auf dem Verbandstage keinen Grund zu verpassen. Im Gegenteil, wir haben die Pflicht, mitzureden, um die Träger unserer Organisation in Jena zu überzeugen für den Kampf des kapitalistischen Systems. Mögen auch die Gegner zurückweichen, aber die Einheit der Organisation muß erhalten bleiben, um sie jederzeit gegen die Angriffe und Verleumdungen einsetzen zu können. Der Verbandstag muß seine Entscheidung treffen, die Organisation muß für die kommenden Kämpfe gerüstet sein. Was jeder Einzel-

glerie nach Jena gehen und sich in seinen Verhandlungen leiten lassen von den Worten des Kollegen F. J. M. A. n. S., die er vor einem Jahre auf dem Stuttgarter Verbandstage gesprochen: Wir wollen als Metallarbeiter Deutschlands die Elite des revolutionären Proletariats im entscheidenden Ringen werden. Mit uns das deutsche Proletariat und mit uns die Brüder im Auslande und dann vorwärts mit eiserner Entschlossenheit und eisernem Willen! Die Zeitgeschichte ruft uns und da soll sie ein großes Geschlecht finden, der Zeit würdig, um das Proletariat endlich, endlich zu befreien. K. M.

Eröffnung des Parteitages der KPD.

Am Sonntag wurde in Berlin der außerordentliche Parteitag der KPD eröffnet, der über das Ultimatum des letzten Weltkongresses der kommunistischen Internationale auf Verschmelzung mit der SPD, über Austritt aus der S. J. Beschlüsse faßt. Nach dem Verlauf der ersten Sitzung dieses Parteitages kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Führer der KPD, in völliger Vereinerung der Beschlüssen des proletarischen Befreiungskampfes sich jetzt auch innerhalb der Reihen der revolutionären Vorhut des Weltproletariats stellen werden. Näherer Bericht folgt.

Die KPD. und die kommunistische Internationale.

Dresden, 5. September.
Die KPD. Groß-Dresden hat am 3. September in einer entscheidenden Mitgliederversammlung die Aufnahme in die KPD, beantragt durch Annahme nachstehender Resolution:

Die Ortsgruppe Groß-Dresden der kommunistischen Arbeiterpartei (KPD) begrüßt das Ultimatum des 3. Kongresses der III. Internationale im Interesse der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf. Sie betrachtet dieses Ultimatum — entgegen allen Einstellungen unverantwortlicher Parteiführer der KPD. — nicht als Diktat von Moskau, sondern als logische Konsequenz des Sympathieverhältnisses der Partei zur III. Kommunistischen Internationale. Geboren im heftigsten Kampfe der Aktivität gegen die Passivität im Klassenkampf, gesehen die Mitglieder der KPD. Groß-Dresden, daß die gesamte KPD. infolge theoretischer Verlegenheiten zur gefährlichen Passivität gelangt ist. Sie erkennen als bringendes Gebot der Stunde ein offenes Bekenntnis der gemachten Fehler: Erstens durch Aufnahme der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften zweitens durch Ausübung auch sämtlicher legalen politischen Kampfmittel und durch ganz entschiedenes Ablehnen des zum wiederholten Male in der KPD. aufgetauchten Antifolkschweins.

Die Schaffung einer sogenannten kommunistischen Arbeiter-Internationale, die im besten Falle als Produkt ehrgeliger Aleraten zu einem internationalen Diskussionsklub, wenn nicht zur internationalen Vereinigung individueller Terroristen führen kann, erachtet die KPD. Groß-Dresden als einen vielleicht unbewußten, aber deshalb nicht weniger unverantwortlichen Bruch mit dem Klassenkampf des Proletariats.

Auf Grund der Erfahrungen in zweijährigen unausgesehen politischen Kämpfen und der dadurch gewonnenen theoretischen Erkenntnis bietet die KPD. der kommunistischen Partei die Bruderhand zum unermüdeten Kampfe gegen die Bourgeoisie und all ihre Helfershelfer. In der festen Zuversicht auf die Weltrevolution sehen die Mitglieder der KPD. Groß-Dresden allen bevorstehenden schweren Kämpfen entgegen und erwarten von der KPD. der Welt der kommunistischen Internationale, die Aufnahme in ihre Reihen. Feliz Lewinsohn.

Damit ist die Legende der KPD.-Führer, daß die gesamte Mitgliedschaft das Ultimatum des 3. Kongresses der kommunistischen Internationale ablehne, zerstört.

Die Beisetzung des ermordeten Genossen Regener.

Berlin, den 10. September 1921.

Am Sonnabend nachmittag wurden die sterblichen Reste des in Potsdam gemordeten Proletariers Ernst Regener unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft auf dem Steglitzer Friedhof, der auch die Ruhestätte unseres Vorkämpfers Franz Mehring ist, beigesetzt. Rote Fahnen umrahmten die Ruhestätte, Proletarier aller Parteien, des Arbeitersportarbeits und des Bauarbeitersverbandes sprachen Worte des Abschieds an den für die proletarische Sache gefallenen Kameraden. Ernst Regener, du wirst nicht das letzte Opfer im proletarischen Befreiungskampfe sein. Doch Deine und der anderen im proletarischen Befreiungskampfe Gefallenen Asche brennt auf unserem Herzen, und wir werden nicht ruhen und rasten, um die Mördergesellschaft der Reaktion niederzuschlagen. Bald kommt der Tag, da wir uns rächen. So schloß der kommunistische Redner.

Bald kommt der Tag, da wir uns rächen, sang die kommunistische Jugend, dann werden wir die Richter sein!

Der Stand der deutschen Arbeitslosigkeit.

Nach dem Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ vom 31. August ist die Arbeitslosigkeit, soweit sie im Verkehr der Arbeitsnachweise statistisch erfaßt werden kann, auch im Juli 1921 weiter zurückgegangen. Das Gesamtvermittlungsergebnis der Arbeitsnachweise im Juli 1921 stellt sich im Vergleich zum Juli 1920 und Juni 1921 wie folgt:

Monat	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	Besetzte Stellen			
	von	von	mit			
Jahr	Männern	Frauen	Männern	Frauen	Männern	Frauen
Juli 21	704 707	254 298	409 435	215 001	335 896	120 542
Juli 20	835 158	284 400	383 131	199 758	331 183	111 633
Juni 21	719 184	286 267	360 473	215 760	295 402	120 374

Auch in diesem Rückgang kommt die günstige Salutar-Konjunktur der deutschen Ausfuhrindustrie klar zum Ausdruck. Ihre notwendige Ergänzung ist wachsende Forderung für die breiten werktätigen Massen.

Aufhebung der Zuderzwangswirtschaft.

Die Zwangswirtschaft für Zuder, deren Beilegung längst geplant war, ist jetzt für den Zuder aus neuer Erneuerung aufgehoben worden.

Die „freie Wirtschaft“, der nunmehr einsetzende freie Wettbewerb, wird, genau so, wie bei der Aufhebung der Getreidezangswirtschaft, die Zuderpreise maßlos steigen. Das ist der Zweck der Hebung. Denn die freie Hebung des Zuderpreises ermöglicht es der Zuderindustrie, die vom Kabinett durch geplante Zuderzölle auf die breiten Massen abzuwälzen und gleichzeitig noch Profit für sich einzufahren.

So hilft die Regierung Wirtschaft, die mit großen Worten den Kampf gegen die Gegenrevolution aufgenommen hat, in den Wirtschaftskampfen eben denselben gegenrevolutionären Untergrund.

Der Märzkampf vor dem Untersuchungsausschuss.

Der rote-Armee-Schwindel enthüllt.

Die Vernehmung des Reichsentsorgungskommissars Peters vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages am Sonnabend brachte den kühnen Beweis, daß das Geschrei der reaktionären Kreise über das Vorhandensein großer Mengen von Waffen in der Arbeiterkammer ein Schwindel ist. Insbesondere lassen die Ausführungen dieses Sachverständigen den Schluss zu, daß weder vor dem Märzkampf noch nach ihm in Mitteldeutschland diejenigen Bestände an Waffen vorhanden gewesen sind, von denen die Spitzeberichte und Pressefälschungen zu melden wußten, um dem Spieker das Grinsen bezubringen und die Geberlinge und Hörjunge zu veranlassen, die Machtmittel des Staates brutal gegen die Kommunisten zu gebrauchen. Die phantastischen Angaben und Schätzungen des deutschen Reichspräsidenten, der den Reichspräsidenten vor allem erwiesenen sich als das, was sie für jeden objektiv denkenden Menschen ohne weiteres sind: Märchen! Die Tatsachenangaben des Untersuchungsausschusses widerlegten auch die Nebenarten von den „großen Waffenschatzen“, die heute noch in den Mansfelder Schächten verborgen sein sollen. So oft auf eingelassene Denunziationen von den Behörden auch Nachforschungen angestellt worden seien —

niemals wäre auch nur eine Pistole in einem Schacht tatsächlich gefunden worden!

Dr. Peters sagte, die Mansfelder Schächte, insbesondere die alten, verlassenen, wären vollkommen ungeeignet zur Waffenabfuhr, da sie oft eingestürzt und sehr nah seien, und Feuergefahr zerküster Schußwaffen sehr schnell. Diese Ansicht hätten auch die sachverständigen Vergräber in einer Zusammenkunft geäußert. Ebenso unrichtig sei nach seinem Dafürhalten die Angabe, daß die Bergleute in den besagten Schächten Waffen vertriebt hätten. Die Belegschaften befänden sich nicht nur aus Kommunisten, und der Transport von größeren Mengen Waffen auf der Förderschale könne nicht verborgen bleiben. Dr. Peters sagte ferner, nach seiner Ueberzeugung seien auch in den Naturhöhlen Mitteldeutschlands größere Waffenschatze nicht vorhanden.

In der Provinz Sachsen wurden auf Grund der Entwaffnungsgattung bisher abgeliefert 22 Geschütze, 554 Maschinengewehre, 56 032 Gewehre und Karabiner, 124 Maschinengewehre, 5247 Revolver, 5086 Handgranaten und über 1 1/2 Millionen Schuß Infanteriemunition. Die von einem andern Zeugen angeführte Behauptung, von Reichs seien alle Waffen, von denen nur wenige abgeliefert worden, habe er nicht für richtig. Die angebotenen Strafen und die in Aussicht gestellten Belohnungen — 5000 Mk. für ein Maschinengewehr! — wirkten auch auf die Arbeiter. Bei der wirtschaftlichen Not würde von ihnen gern ein Gewehr gegen einen Hundertmarktschein eingetauscht.

Wiesbach sei ihm von Banditen beklagt worden, daß bei angebotener Kontrolle von rechtsergriffenen Kreisen die versteckt gehaltenen Waffen in Nachbarorte verbracht würden. (Ortschaft)

Im Bezirk Merseburg habe er 17 Ortschaften 1920 durchsuchen lassen. Das Ergebnis war sehr gering. Darauf habe er im Mai d. J. 40 ausgewählte Kriminalbeamte, als Zigarrenreißende usw. verkleidet, nach Mitteldeutschland entsandt, die dort vier Wochen lang tätig gewesen wären. Sie seien außerordentlich geschickt vorgegangen, ihr Auftrag und ihre Absicht wäre in keinem Falle unter der Bevölkerung bekannt geworden und doch hätten sie Waffen nicht gefunden. (Und der Merseburger Regierungspräsident schätzt die Zahl der in seinem Bezirk jetzt noch in Händen der Arbeiter befindlichen Gewehre auf 20 000 bis 30 000. Was doch ein Deutschnationaler alles glaubt!)

Auf die Frage: Was halten Sie von den Behauptungen über das Bestehen einer roten Armee? antwortete Dr. Peters, es sei notwendig, sich auf die politischen Tatsachen einzustellen. Solange es Kommunisten gäbe, würden sie eine Propaganda der Tat betreiben. Man müsse sich aber frei machen von der Ansicht, daß das etwas Schreckliches wäre.

Der Kommunismus wird schließlich einmal vom Papier in die Tat umgesetzt werden.

Aber wenn von seinen Vertretern Pläne ausgearbeitet worden seien, so wäre das noch lange keine rote Armee. Vorbereitungen zu ihrer Bildung wären zweifellos vorhanden gewesen, aber es wäre schwer, zu sagen, ob Mannschaften dahinter ständen. Der eine sagt ja, der andere nein. Aus Mitteldeutschland lägen ihm folgende Angaben vor: Eine Gruppe Merseburg 6300 Mann mit 900 Gewehren, 10 Maschinengewehre; eine Gruppe Halle mit 4650 Mann, 300 Gewehren, 6 Maschinengewehre; eine Gruppe Mansfeld mit 3200 Mann, 275 Gewehren und 5 Maschinengewehre. Daß der Untersuchungsausschuss selbst nicht an die Richtigkeit dieser Spitzeformationen glaubt, bekräftigte er durch die Bemerkung, am Dienstag würde gern renommiert. Auch aus dem Verlauf des Aufstandes sei nicht auf den Bestand einer roten Armee zu schließen gewesen, denn es seien nur kleine Trupps im Kampf gewesen, und deren Leistungen waren nicht viel wert. Ueber den Punkt Behördenorganisationen befragt, erklärte Dr. Peters, es sei ein Fehler, daß wir viel zu

viel Behörden hätten. Das Bestehen von Sonderbehörden aber sei geradezu ein Krebsgeschwür.

Durch die Staatskommissariate für öffentliche Ordnung und Entwaffnung sei die ganze Volkzeit verlottert, weil die lokalen Behörden sich auf die zentralen Behörden verlassen.

Den Wert sogenannter „amtlicher Meldungen“ charakterisierte der Zeuge treffend durch folgende Beispiele: Es wurde berichtet, eine Kompanie von Kommunisten in russischer Uniform sei gefangen genommen worden. Kein Wort davon, durch „ganze Sachsen“ sollten Lastautomobile, mit Maschinengewehren besetzt, „gekauft“ sein, melde man nach Berlin. Auch diese Nachricht blieb unbekannt. Wiederholt hieß es „Artillerie- und Minenwerferfeuer auf Seiten der Aufständischen“, dabei wurde kein solcher Schuß abgegeben. Für diese Tatsachenmeldungen müsse man den Menschen verflucht der Menschen verantwortlich machen. Folgender Fall sei charakteristisch: In einer größeren Fabrik drohte ein Streik. Der Betriebsrat verhandelte mit der Direktion, der Streik war aber noch nicht beschlossen.

Da wurde schon von den Militärbehörden angefragt, ob sie Reichswaffen schicken könnten.

Das wurde natürlich launig abgelehnt, aber die Panik in der betreffenden Stadt war so groß, daß die Damen sich bekleiden ihre Sparschaffensbücher einzulösen. Vom 2. und 3. März wurde berichtet, daß dort 600 Maschinengewehre und 20 000 Gewehre in der Hand der Besatzung seien. Das Wort wurde vor der Einnahme rund herum eingeschlossen, so daß kaum größere Mengen von Waffen abtransportiert sein können, der tatsächliche Waffenstand war aber so gering, (wörtlich!) daß wir etwas erschüttert waren, wohl nur drei oder vier Maschinengewehre und ein paar hundert Gewehre! Wenn man die Angaben des Herrn v. Gerdt über den Waffenbestand in Mitteldeutschland zugrunde legt, so müßte jeder sechs Arbeiter noch ein Gewehr haben, und das hätte er — Ostern — für aufgelassen. Die angenommenen Zahl auf die Provinz Sachsen umgelegt, ergäbe 130 000 Gewehre, für Deutschland 1 Million Gewehre. Diese Schätzungen halte er für phantastisch. Nach seiner Meinung wäre der legale Waffenbestand in ganz Deutschland höchstens 12 bis 15 000 Gewehre! Auf die Frage eines Abgeordneten erklärte der Untersuchungsausschuss, daß er das Angebot Hörsing durch Major Holte, ihnen Straffreiheit bei Waffenüberlegung zu gewähren, für unangelegentlich halte.

Der Regierungsrat Freyding, Leiter der Meldestelle beim Oberpräsidium Magdeburg, wird von den Rechtsbeistandern mit Fragen beauftragt über seine Feststellungen, ob russisches Geld in die Provinz Sachsen gelangt ist, ob Russen den Aufstand vorbereitet und geleitet haben usw. Ihre Wünsche bleiben unbefriedigt, denn der Zeuge weiß, trotzdem er sozusagen an der Quelle sitzt, auch nichts genaues. Man wäre einmal auf der Spur eines Mannes gewesen, den man für einen Russen gehalten habe und von dem man annahm, daß er russisches Geld bei sich führte; es sei vom Staatsanwalt auch ein Verfahren anhängig gemacht worden, aber bereits ergebnislos eingestellt worden. Der Zeuge überlegte sogar die Angaben seines Herrn und Meisters Hörsing über die Zahl der Ausländer in der Provinz Sachsen. Und den Wert der Berg von Meldungen, die in seiner Dienststelle einlaufen, wolle er schenbar so kennzeichnen, wie wir Kommunisten das tun, indem er begann:

„Wenn wir allen Meldungen glauben wollen, die an uns kommen, dann —“

aber leider ließ ihn der Deutschnationale H. Dryander, der anscheinend die in Aussicht stehende Hoffstellung seiner denunzierenden und schwindelnden Parteifreunde verhindern wollte, nicht zu Ende reden, sondern stellte eine andere Frage.

Die Verhandlungen wurden dann auf Dienstag, den 13. September, vertagt.

Gewerkschaftliches.

Streik der städtischen Arbeiter und Angestellten in Berlin.

57 000 städtische Arbeiter im Lohnkampf.

Berlin, den 12. September 1921.

Heute morgen traten die Angestellten der städtischen Betriebe in den Streik, weil ihnen der Magistrat den Abschluß eines Tarifvertrages verweigerte. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke haben mit gewaltiger Mehrheit beschlossen, den Kampf der Angestellten zu unterstützen. Infolgedessen mußten die wenigen Straßenbahnwagen, die heute morgen noch verkehrten, aus dem Betrieb gezogen werden. Da die Arbeiter aller anderen Werke und Betriebe der Stadt ebenso wie die Hilfsangestellten der städtischen Büros mit dem in der vorigen Woche

gefallenen Schiedsspruch nicht einverstanden sind, so finden jetzt in allen Betrieben Urabstimmungen statt, die eine Mehrheit für den Streik erwarten lassen.

Wie steht der Kampf in der Holzindustrie?

Von allen wirtschaftlichen Kämpfen, die von der Berliner Arbeiterkammer zur Prüfung ihrer neuen Erfassung zurzeit geführt werden, nimmt der Kampf in der Holzindustrie eine Ausnahmestellung ein, da die Belegschaften außergewöhnlich sind. In der fünften Woche geht der Streik, und schließliche Verhandlungen angebahnt sind, ist vorläufig ein Ende nicht abzusehen. Erfolgreiche Fortschritte sind in Punkt Unterzeichnung des Reichsmantelvertrages und des Lohnabkommens zu verzeichnen, denn über ein Drittel aller vorhandenen Betriebe hat sich reflexlos durch Unterschrift zur Durchführung der Forderung verpflichtet.

Streik in dem Hüttenwerk Tempelhof.

Am gestrigen Sonnabend trat die ca. 700 Mann starke Belegschaft des Metall-Hüttenwerks der Firma H. Meyer in Tempelhof in den Streik. Den Anlaß gaben Differenzen des Betriebsrates mit dem Unternehmer. Die Firma wollte mit dem Betriebsrat nicht mehr mündlich, sondern nur noch schriftlich verhandeln, und aus diesem Grunde die seit Bestehen des Betriebsrates jeden Freitag stattfindenden Konferenzen aufheben. Als der Betriebsrat auf seiner Pflicht und dem Recht der mündlichen Verhandlung bestand, wurde er von dem Unternehmer ohne weiteres entlassen. In einer sofort anderorts abgehaltenen Versammlung der gesamten Belegschaft (Vormittags- und Nachmittags) wurde daraufhin der Streik beschlossen. August ist unbedingt fernzuhalten.

Fortsetzung der Einigungsverhandlungen bei den Hamburger Elektrizitätswerken.

Die in den Hamburger Elektrizitätswerken und der Elektrizitätswerke Unterelbe beschäftigten Arbeiter hatten den Tarif gekündigt und erhöhte Lohnforderungen gestellt. Die Forderungen der Arbeitgeber wurden, weil nicht weitgehend genug abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss hat nun einen Schiedsspruch abgegeben, der jedoch von den Vertretern der Arbeiter als ungenügend bezeichnet und gleichfalls abgelehnt wurde. Die Arbeiter haben nunmehr die Schlichtungskommission beauftragt, nochmals Einigungsverhandlungen einzuleiten, um die Lohnbewegung auf friedlichem Wege zu beenden.

Streikverhinderung in Swinemünde.

In Swinemünde stand eine Reihe von Arbeitergruppen im Streik. Die Unternehmer schlossen sich darauf zusammen, um gemeinsam die Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Die geringen Zugeständnisse, die sie an die Arbeiterkammer machen wollten, wurden vom Gewerkschaftsrat Swinemünde abgelehnt. Die Streiklage hat sich inzwischen so weit verschärft, daß sich nunmehr die Holzarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Exportarbeiter, Haus- und Schiffszimmerer im Streik befinden.

Lohnbewegung der rheinisch-westfälischen Straßenbahner.

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen führten zu keiner Verständigung. Die Angebote der Unternehmer waren so unzureichend, daß die Arbeitervertreter sie ablehnen mußten.

Streik der Magener Kleinbahner.

Bwegen Differenzen über soziale Einrichtungen und Lohnfragen hat das Gesamtpersonal der Magener Kleinbahn die Arbeit eingestellt.

Kampf in den Düsseldorf-Brotfabriken.

Der Streik der Bäcker und Brotkutter in den Brotfabriken Düsseldorf geht weiter. Die Unternehmer wollen die Arbeiter zwingen, einen außerordentlich ungünstigen Schiedsspruch, der in Dortmund vom Reichskommissar Meißig gefällt wurde, anzuerkennen. Der Allgemeine Konsumverein und noch zwei andere Betriebe haben die Arbeiterforderungen bewilligt, während eine ganze Reihe von Fabriken Streikbrecher-Trot herstellt.

Ausperrung der Dresdener Steinarbeiter.

Die Vereinigung der Hartstein-Industriellen hat mehr als 2500 Arbeiter, die dem Zentralverband der Steinarbeiter angehören, ausgesperrt, um die Arbeiterkammer zu zwingen, für Hungerlöhne zu arbeiten.

Kommunistischer Erfolg bei einer Betriebsratswahl.

Infolge von Differenzen wegen der Entlassung von Arbeitern hatte der Betriebsrat des staatlichen Braunkohlenwerks in Hirschfeld seinen Posten niedergelegt. Bei der dieser Tage stattgefundenen Neuwahl entfielen auf die Liste der Kommunisten 856 und auf die der Amsterdamer 491 Stimmen. Vor der Wahl sprachen die Amsterdamer in bezug auf die Kommunisten von einer zusammengebrochenen Seite, die nicht mehr ernst zu nehmen sei. Nun haben die Arbeiter darauf die richtige Antwort erteilt.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

Von Emile Zola.

Eines Morgens im September trat ich gegen sechs Uhr in das Zimmer meiner lieben Babet, die noch sehr schlummerte. Ihr lächelndes Gesicht ruhte friedlich auf dem weissen Kissen. Ich ließ den Atem an und beugte mich über sie. Der Himmel überschüttete mich mit seinen Gütern. Ich dachte plötzlich an jenen Sommertag, da ich im Staub geröchelt hatte, und zugleich fühlte ich um mich herum den Segen der Arbeit und den Frieden des Glücks. Meine gute Frau schlief ruhig in der Mitte ihres großen Bettes; und das ganze Zimmer erweckte in mir die fünfzehn Jahre unserer Liebe.

Sanz! küßte ich Babet auf die Lippen. Sie öffnete die Augen und lächelte mich an, ohne zu sprechen. Ich hätte sie am liebsten in meine Arme nehmen mögen, um sie an mein Herz zu binden; aber seit einiger Zeit wagte ich kaum, ihr die Hand zu drücken, so zerbrechlich und heilig erschien sie mir.

Ich legte mich zu ihr aufs Bett und sagte leise: „Gute Nacht.“ „Nein, ich glaube nicht,“ antwortete sie. „Mir hat heute geträumt, daß ich einen Jungen hätte; er war schon sehr groß und hatte einen kleinen schwarzen Schnurrbart...“ Onkel Lazare hat mir gestern erzählt, er hätte ihn auch im Traum gesehen.

Da beging ich eine große Unachtsamkeit. Ich kenne das Kind besser als du. Ich sehe es jede Nacht. Es ist ein Mädchen.

Und als ich Babet fast weinend zur Wand kehrte, begriff ich meine Dummheit und sagte schnell: „Wenn ich sage: ein Mädchen... Genau weiß ich das natürlich nicht. Ich sehe das Kind immer ganz klein in einem langen weissen Kleide... Es ist doch sicher ein Junge.“

Babet umarmte mich für dieses gute Wort. „Geh und schief nach der Weinstube,“ sagte sie. „Ich fühle mich heute morgen ganz ruhig.“

„Du läßt mir gleich Nachricht zukommen, falls etwas passiert?“

„Ja, ja, ich bin sehr müde. Ich will noch schlafen. Du nimmst mir meine Faulheit doch nicht übel...?“

Und Babet schloß weich und matt die Augen. Ich blieb über sie gebeugt stehen und spürte ihren warmen Atem über mein Gesicht. Allmählich schloß sie lächelnd ein; ganz vorfüchtig löste ich meine Hand aus ihrer; es dauerte fünf Minuten, bis ich diese schwierige Arbeit vollendet hatte. Dann hauchte ich einen Kuß auf ihre Stirn, den sie nicht fühlte, und voller Liebe ging ich mit Herzlopfen hinaus.

Unten im Hofe traf ich Onkel Lazare, der unruhig zu Babets Fenster hinaussah. Als er mich sah, fragte er: „Na, wird es heute sein?“

Seit einem Monat stellte er mir jeden Morgen dieselbe Frage.

„Scheinbar nicht,“ antwortete ich. „Kommst du mit zur Weinstube hinaus?“

Er holte seinen Stod, und wir gingen die Eisenalle hinunter. Als wir am Ende der Allee waren, auf der Terrasse, die über der Durance liegt, blieben wir beide stehen und blickten ins Tal.

Keine weiße Wolken zitterten am bleichen Himmel. Die Sonne überschüttete das Land mit goldenen Strahlen, in voller Reife dehnte sich die gelbe Dede des Herbstes, das Land hatte nicht mehr das helle Licht und die bunten Schatten des Sommers. Das Land legte große gelbe, goldene Blätter an dem schwarzen Boden. Der Fluß floß langsamer, müde vom Betrachten der Felder, die er während eines ganzen Sommers durchfließen hatte. Und das Tal lag friedlich und still vor uns. Schon trug es die ersten Künzeln des Winters, aber sein Schloß hatte die Hitze der letzten Geburt bewahrt und zeigte volle Formen: darin waren die toten Blüten des Frühlings, früher in Schönheit aber glanz die zweite Jugend der Frau, die ein Leben herabgebracht hat.

Mein Onkel Lazare schwieg lange; dann wandte er sich zu mir:

„Weißt du noch, Jean? Vor über zwanzig Jahren habe ich dich an einem jungen Maimorgen hierher geführt. In diesem Tage habe ich dir das Tal in wüster Arbeit gezeigt; es arbeitete an den Früchten des Herbstes. Sieh, wieder einmal hat das Tal seine Arbeit vollendet.“

„Ja, ich weiß noch, lieber Onkel. Damals hatte ich große Angst; aber du warst gut und deine Lehre überzeugend. Dir verdanke ich all mein Glück.“

„Ja, du stehst im Herbst, du hast gearbeitet und du hast gelernt. Der Mensch, mein Kind, ist nach dem Ebenbild der Erde gemacht. Und wie unsere gemeinsame Mutter sind auch wir ewig: jedes Jahr werden aus den weissen neuen, grünen Blättern; ich bin in dir wieder jung geworden, und du wirst in deinen Kindern wieder geboren werden. Ich sage dir das, damit das Alter dich nicht spreche, damit du friedlich sterben kannst wie dieses Grün, das im nächsten Frühling aus seinen eigenen Ästen wieder neu emporzieht.“

Ich hörte meinem Onkel zu und dachte an Babet, die in ihrem großen weissen Bett schlief.

Das geliebte Geschöpf sollte geboren wie der kraftvolle Bohrer, der uns reich gemacht hatte. Auch sie stand im Herbst: sie hatte das selbe kraftvolle Lächeln und dieselbe heitere Fülle wie das Tal. Ich verneigte sie zu sehen, müde und glücklich unter der gelben Sonne, voll mutiger Wärme über ihre Mutterkraft. Und ich wußte nicht mehr, ob mein Onkel Lazare von meinem lieben Tal oder von meiner lieben Babet sprach.

Langsam erstiegen wir den Hügel. Unten an der Durance erstreckten sich die Wiesen, weite Teppiche aus grünem Gras; dann kamen gelbe Acker, die hier und da von grauschimmernden Olivenbäumen und schlanken Mandelbäumen in weit auseinanderliegende Auen zerschnitten wurden; und ganz oben kam der Wein, mächtige Stöcke, deren Reben auf dem Boden lagen.

(Fortsetzung folgt)

Hochkonjunktur des Banterotts.

I.

An der Berliner Börse haben sich in letzter Zeit Szenen abgespielt, die jeder Beschreibung spotten. Der Ansturm der Käufer war so groß, daß die Aufträge auch nicht annähernd ausgeführt werden konnten. Eine Spekulationswut ohnegleichen hat alle Schichten der Bevölkerung erfasst. Alles befindet sich auf der Flucht vor der Mark und auf der Jagd nach Effekten. („Berliner Tageblatt“ vom 8. September.)

Die „ehrliche“ Regierung Wirth-Mathenau mußte zur Bezahlung der ersten Reparationsmilliarde entgegen allen Schwindelnachrichten, die sie in die Welt setzte, ungeheure Devisenbeträge aufkaufen. Man spricht von 53 Milliarden Papiermark, die sie dazu brauchte. Vielleicht ist die Summe auch nicht ganz so hoch. Sie wurde jedenfalls stark in die Höhe getrieben, weil „eingewickelte“ Kreise ihre Kenntnisse benutzten, um sich in der schamlosesten Weise auf Kosten des Reiches, d. h. seiner Steuerzahler, zu bereichern. Und wenn es Herr Dr. Wirth in feiger kleinbürgerlicher Weise hundertmal dementiert, es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß es in dieser bürgerlich-demokratischen Republik kleinen Eliten auf Grund ihrer Stellung und ihrer Beziehungen möglich ist, in wenigen Tagen Millionen zu verdienen, auf Kosten derer, die allein der Schutz der Republik sind, auf Kosten der Arbeiter. Die Folge der Valuta-Verschlechterung war eine Wiederbelebung der deutschen Industrie, besonders des Geschäftes nach dem Auslande. Wir haben anlässlich der Leipziger Messe in dem Artikel „Messieber“ (Rote Fahne Nr. 409/10) diese Entwicklung skizziert. Sie wird jetzt durch den Bericht der Handelskammer bestätigt, der für den Monat August in fast allen Industriezweigen erhöhte Beschäftigung meldet.

Nach dem 31. August in der vergangenen Woche setzte sich aber das Fallen der Mark noch förmlicher fort. In Berlin wurden am 8. September bezahlt:

- 1 Dollar mit 97 M. (inoffiziell am Nachmittag 101 M.).
1 Pfund mit 362 M.
100 holl. Gulden 3056 M.

In New-York ist der Kurs der Mark auf 1,06 zurückgegangen und erreicht damit beinahe den Tiefpunkt vom Jahre 1920. Diese weitere „Flucht vor der Mark“ entspringt hauptsächlich zwei Ursachen:

- 1. Aus der Absicht, die Steuern durch Kapitalflucht zu hinterziehen.
2. Aus dem Bestreben, durch Anlage in Industriepapieren an den Erträgen der Industrie teilzunehmen, deren Geschäftsgang man in Zukunft offenbar für so gut hält, daß man nicht einmal die Besteuerung der Goldwerte fürchtet.

II.

Die Kapitalflucht setzte in Deutschland schon vor dem November 1918 ein. Sie wuchs an Umfang im Jahre 1919 aus Furcht vor einer bolschewistischen Revolution. Milliarden von Mark wurden auf die Finanzmärkte in Holland und in der Schweiz geworfen. Anfang 1919 schätzte die „Frankfurter Zeitung“ den Betrag der Mark, der allein nach der Schweiz verschoben war, auf 35 Milliarden. Je näher die deutsche Bourgeoisie den Tagen der Erfüllung, den Tagen der Zahlung der Kriegskosten kam, umso mehr mußte die Kapitalflucht wieder einsetzen. Unterdessen hat man aber bessere Methoden erfunden. Die Wiener Zeitschrift „Kommunismus“ Nr. 29/30 schreibt darüber auf Grund von Aussagen aus der Neuen Züricher Presse:

„Es setzte bald eine neue Phase der Kapitalflucht ein. Die verschiedenen neutralen Länder besitzen verschiedene gesetzliche Bestimmungen für Körperschaften, verschiedene Steuernormen usw. Da die fiskalischen Satzungen in dieser Hinsicht in der Schweiz die allergünstigsten sind, so ist es erklärlich, daß das auswandernde Kapital seinen Weg vor allem in die Schweiz suchte. Das gestohlene Kapital nahm hier die Organisationsform der Holding-Gesellschaft an.“

Eine solche Holding-Gesellschaft ist z. B. die Aktien-Gesellschaft für Industriewerte in Luzern (Agfi). Die Julius Sichel u. Co., Kommanditgesellschaft in Mainz, die Deutsche Holding-Gesellschaft von den rund 50 Einzelunternehmungen aller möglichen Art, waren bisher Großaktionäre dieser Schweizer Gesellschaft. Die Luzerner Gesellschaft war also eine Tochtergesellschaft der deutschen. In der Aufsichtsratsitzung der Mainzer Gesellschaft wurde nun vor wenigen Tagen beschlossen, die Luzerner Gesellschaft zur Hauptgesellschaft, alle anderen zu von dieser abhängigen Tochtergesellschaften zu machen. Die Julius Sichel u. Co., Kommanditgesellschaft, ist also von jetzt ab keine deutsche, sondern eine schweizerische Gesellschaft. Wie man die Gelegenheit benützt, um den Aktionären noch einen Ertrag zu verschaffen, geht aus dem Umtauschverhältnis der Aktien hervor. 4000-Mark-Sichel-Anteile sollen eingetauscht werden gegen 1500-Franken-Agfi-Aktien und 1200 Mark in bar. Diese drei Agfi-Aktien repräsentieren den Betrag von 27 000 Mark, bei einer Valuta-Basis von 1400 Mark für 100 Franken, dazu kommen 1200 Mark in bar. Diesen 28 200 Mark stehen vier Sichel-Aktien zu 650 Proz. = 26 000 Mk. gegenüber. Der Umtauschgewinn erhöht sich, wenn die Valuta fällt.

Daß die Herren von der Sichelgruppe nicht die einzigen sind, die ihr Geld verschweizert haben, geht aus einer Meldung des „Vorwärts“ vom 7. September hervor. Sie lautet:

Am Handelssteil der Börsenblätter liest man Berichte über die Gläubigerversammlung der verdrachten Züricher Depositenbank. Danach waren dort 310 Gläubiger vertreten, denen der gerichtliche Sachverwalter mitteilte, daß das Institut schon längst zahlungsunfähig war. Millionen seien an einen einzigen Schuldner verloren worden, der in Berlin bereits zweimal den Offenbarungseid gekipelt habe, aber durch Organisationen von Kapitalverschönerungen aus Deutschland zeitweise über große Kapitalien verfügte. Es soll jetzt versucht werden, binnen Monatsfrist die Banken zu sanieren und zwar mit Hilfe deutschen Geldes. Verhandlungen über den Zustuß deutschen Kapitals wurden augenblicklich in Berlin geführt.

Wenn der „Vorwärts“ nun nach dem Staatsanwalt ruft, so nutzt dies reichlich nicht, an weil erstens das Geld schon weg ist, zweitens die Verschönerung in den meisten Fällen mit Hilfe und auf Grund des bestehenden Rechtes

erfolgt ist, drittens ein preussischer Staatsanwalt nie und nimmer gegen seine besten Freunde vorgehen wird. Oder glaubt der „Vorwärts“, daß ein Potsdamer Staatsanwalt jemals etwas gegen Herrn Stinnes unternimmt wird, wenn dieser — geschicklich oder ungeschicklich — seiner Holding-Gesellschaft in der Schweiz, der Promontona A.-G. in Zug die Aktien seiner deutschen Konzernunternehmungen überträgt?

Die Wirkung dieser Kapitalflucht besteht darin, daß der Staat gerade von den leistungsfähigsten Schichten keinen Pfennig Steuern bekommt, daß er die arbeitenden Klassen, die sich keine Holding-Gesellschaft gründen können, schärfer heranzieht und das Defizit durch die Notenpresse decken muß. In dem letzten Finanzausweis kommt dies deutlich zum Ausdruck. Es betragen

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes 'Ausgaben', 'Zuschüsse an die Betriebsverwaltungen', 'Gesamtsumme der Ausgaben', 'Einnahmen', 'Neue schwebende Schulden'.

Die schwebenden Schulden des Reiches erhöhen sich damit auf 202,77 Milliarden. Dasselbe Bild bietet der Ausweis der Reichsbank. Infolge der neuen Kreditansprüche des Reiches wuchsen die Reichsschatzanweisungen von 75 Milliarden um 9 Milliarden auf 84 Milliarden M. an. Der Notenumlauf stieg entsprechend um 2,8 Milliarden auf 80 Milliarden Mark.

III.

Die Antwort auf diese katastrophale Entwicklung der Staatsfinanzen war an der Börse ein Fieberanfall. Je weniger Steuern die Kapitalisten zahlen, um so mehr Noten müssen gedruckt werden. Je mehr Noten umlaufen, um so mehr sinkt ihr Wert. Je niedriger der Kurswert der Mark, um so leichter kann man auf dem Weltmarkt alle anderen Konkurrenten aus dem Feld schlagen, um so gewinnbringender ist das Geschäft. Die Unterbietungsmöglichkeit des deutschen Kapitalismus wird um so größer, je mehr neben der Entwertung der deutschen Mark zugleich die Weltmarktpreise anziehen wie in Amerika und England. Welche Hoffnung man sich an der Börse von den Gewinnsteigerungen macht, geht daraus hervor, daß z. B. die Aktien des Stinnes-Konzerns infolge des starken Kaufandranges überhaupt nicht mehr amtlich notiert wurden, daß die A.G. Aktien, die gewöhnlich einen ziemlich gleichmäßigen Stand haben, um 100 Prozent hinausschnellten. Und diese Hoffnung wird auch durch neue Meldungen aus der Industrie gestützt. So schreibt z. B. die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 209 vom 7. September:

In der außerordentlichen Hauptversammlung der deutschen Eisenhandels A. G. in Berlin führte der Vorsitzende aus: Es hat sich im deutschen Eisenhandel ein überraschender Umschwung vollzogen, von dem man noch nicht weiß, ob er abgeschlossen ist. Während wir noch vor wenigen Wochen glaubten, mit einem allgemeinen Abbau der Preise rechnen zu können, sind neuerdings die Preise für die hauptsächlichsten Eisenfertigfabrikate um mehr als 1000 M. pro Tonne gestiegen. Wir müssen also vorbereitet sein und reichliche Mittel zur Verfügung haben. Die Gründe für den Umschwung auf dem Markt liegen zweifellos in der Entwertung der Mark, wodurch das Ausland zu starken Käufen angeregt worden ist. Im Ausland hat man die Eisenproduktion eingeleistet oder stark eingeleistet und deutsches Material heringekommen.

In der Außenhandels-Statistik für den Monat Mai ist besonders bemerkenswert die prozentuale Zunahme der Ausfuhr nach außereuropäischen Ländern, vor allem nach Süd-Amerika und Ostasien. Wenn das deutsche Kapital in diesen Ländern zwar nicht mehr mit den alten Methoden selbständiger imperialistischer Politik vorgehen und sich diese Staaten mehr oder weniger gefügig machen kann, so gelingt es ihm doch verhältnismäßig leicht, sich infolge der viel geringeren deutschen Löhne in diese Märkte Eingang zu verschaffen, trotz der mächtigen Konkurrenz Englands und Amerikas, und dann seinen Einfluß zu erweitern dadurch, daß es sich in den Dienst dieses Landes stellt und dessen Konflikte mit den anderen imperialistischen Mächten für sich ausnützt. Auf solche Weise sind z. B. in Argentinien deutsche Firmen bei Lieferungen für die Staatsbahnen an erster Stelle mit Aufträgen bedacht worden. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ bringt folgende Meldung:

Ein Aufsatz in dem Monatsjournal der Britischen Handelskammer von Sao Paulo und Südbrasilien lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schnelligkeit, mit der Deutschland die Position wiedergewinnt, die es in der Vorkriegszeit als Exporteur nach Brasilien hatte und hauptsächlich eine Statistik über den Import Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten in den ersten vier Monaten 1920/21.

Table with 2 columns: Year and Amount. Shows 'Import von Deutschland', 'Import von England', 'Import v. d. Verein. Staaten' for 1920 and 1921.

In dem Aufsatz heißt es weiter: „Da der hohe Rechnungshof ein wirkliches Hindernis für den Import englischer und amerikanischer Artikel bildet, muß eine weitere bedeutende Zunahme des Imports deutscher Waren, besonders billiger Sorten, erwartet werden.“

Auch in Italien geht das deutsche Kapital in derselben Weise vor. Es kann sein Vorgehen nicht durch politische Mittel unterstreichen, aber es kann dafür auf Grund gesteigerter Ausbeutung niedrigere Preise anbieten. Die „Voss. Ztg.“ Nr. 480 vom 6. September schreibt:

Es herrscht eine scharfe Konkurrenz zwischen amerikanischen Firmen und Hugo Stinnes um einen Kontrakt auf Lieferung von Lokomotiven für die italienischen Staatsbahnen. Die Amerikaner bieten eine Anleihe von 5 Millionen Dollar, aber Stinnes macht bessere Bedingungen, er garantiert für Qualität und prompte Lieferung.“

Zu dem Abkommen Loucheur-Mathenau über Sachleistungen im Werte von 7 Milliarden Goldmark ist jetzt nach einer Notiz der „Voss. Ztg.“ vom 6. September ein Vertrag über Sachlieferungen, besonders Lokomotiven, Waggon und Eisenbahnmateriale mit Serbien abgeschlossen worden. In derselben Linie liegt das Handelsabkommen

mit Italien, von dem der „Tempo“ schreibt, daß „es beweist, auf der einen Seite das Abkommen, wie die von Loucheur-Mathenau keineswegs eine Ausnahme in Europa mehr sind, und auf der anderen Seite, daß Deutschland nicht ablehnt, Luxusprodukte im Ausland zu kaufen.“

IV.

Für die Arbeiterschaft macht sich dieselbe, für die Kapitalisten so vorteilhafte Entwicklung in Gestalt einer ungeheuren Preissteigerung und Teuerungswelle bemerkbar. Für August berechnet das statistische Reichsamt denjenigen Teil der Lebenshaltungskosten, der bei seinen Ermittlungen in Betracht zieht (das ist nur ein sehr geringer Teil) auf 1045, also 82 Punkte mehr als im Juli, wo bereits mit 963 ein Rekord erreicht war. Wenn in der nächsten diese wirkliche Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung nicht mit voller Schärfe zum Ausdruck kommt, so liegt das daran, daß die Kapitalisten infolge der guten Konjunktur gewisse Lohnzugeschüsse machen können, durch die der Nominallohn sich zwar erhöht, der Reallohn aber trotzdem zurückgeht. Statt schneller Vermehrung, langsames Hinsinken und Verhungern, das ist das Schicksal der Arbeiterschaft in der demokratischen Republik, wenn sie sich nicht politische und wirtschaftliche Machtpositionen erkämpft, um die Produktion in ihrem Sinne nach ihren Bedürfnissen umzugestalten.

Der Kurs des Kapp-Butsches.

Der Dollar ist gestern an der Berliner Börse auf 101 Mark gestiegen. Damit hat er den Rekordstand aus den Tagen des Kapp-Butsches erreicht: am 27. Januar 1920 wurde er mit 108 Mark notiert.

Der Vulgärskonom Georg Bernhard in der „Voss. Zeitung“ wundert sich, daß gerade in diesen Tagen katastrophaler Geldverwertung die „extreme Rechte“ unpatriotisch gegen Ebert und die Republik hegt. Er sieht nicht, daß die Wertlosigkeit der Mark Hunger und Elend bedeutet, nicht nur für die Arbeiter in Stadt und Land, sondern auch für die Massen der Kleinbürger und des Mittelstandes. Diese aber streben, je schlechter es ihnen heute geht, zurück zur Vergangenheit des Wohlstandes, des Ruhmes, zur Zeit der Ruhe und Ordnung, da die Mark preislich-stramm stillstand. Von Ludendorff und den schwarz-weiß-roten Fahnen lassen sie sich einfangen. Sie hoffen von dort Befreiung, die ihnen das Schwarz-rot-gold der Devisenspekulanten und Börsenschieber nicht gibt.

Machtlos ist Regierung und Republik sowohl gegen die höhere Gewalt der Spekulanten wie gegen die Orgeschanden in Ruhr-Bayern. Sie glaubt, dem Uebel abgeholfen zu haben, wenn sie die Börse schließt. Aber sie bewirkt nur die Ausbeutung der Spekulation in den Bankgeschäften und die Eröffnung neuer Börsen, die Halle und Magdeburg bereits ankündigen.

Die eiserne Faust der Arbeiter kann allein helfen. Wie sie die Republik allein erhalten kann, wenn sie die Orgeschand und Ruhr zum Teufel jagt, so kann sie ihr Elend nur bessern, wenn sie im Kampf um politische Machtpositionen die Folgen der Geldentwertung auf die abwägt, die allein dafür verantwortlich sind und heute allein den Profit aus ihr haben: Die kapitalistischen Unternehmen und ihre Bank- und Börsenagenten.

„Nieder mit dem Schiebergefeindel!“

Prinz Eitel Friedrich macht Schule: auch Ludendorff ist unter die Valutajäger gegangen. Bei einem Bankrott in Zürich hat es die Sonne an den Tag gebracht. Der Hauptbeteiligte und Hauptschuldige dabei ist ein deutscher Rittmeister, Herr Erich Schmidt-Choné (Cohn? Die Ned.) aus Berlin, Vertreter von Grafen, Baronen, Excellenzen, Generalen und kaiserlichen Prinzen. Großzügig — wie ein Rittmeister sein muß — verschob er schon seit 1917 das Geld seiner hohen Freunde und Gönner flugszeugweise nach der Schweiz. Er übernahm und gründete Gesellschaften und Banken, schwindelte, betrog, fälschte, unterschlug, alles aber nur aus treuer Hingabe für seine höheren Herren in Deutschland. In der Schweizer Presse war wiederholt zu lesen, daß auch General Ludendorff mit Hilfe einer dieser Gesellschaften, der Cecil A.-G. (wohl nach Cecilie, Kronprinzessin a. D. benannt), Kapital in die Schweiz verschoben hat. Eine Forderung des Generals ist jetzt bei dem Nach nicht angemeldet. Entweder hat er sein Geld rechtzeitig in Sicherheit gebracht oder er gehört zu den verhämmerten Gläubigern.

Die glänzende Parole des Kapp-Butsches: „Nieder mit dem Schiebergefeindel!“ ist für einen neuen Aufmarsch der Reaktion, nach Eitel Friedrich und Ludendorff nicht mehr ganz aktuell. Es müßte heute mindestens hinzugefügt werden, welches Gefindel gemeint ist, das demokratische oder das monarchistische.

600 Mark für den Zentner Getreide.

Die Führer des Christlichen Gewerkschaftsbundes haben an den Reichs- und Ernährungsminister, wie das „Bayerische Wochenblatt“ mitteilt, folgendes Schreiben gerichtet:

„Bereits heute werden in Würtemberg 600 Mark für den Zentner Getreide geboten und man befürchtet, daß die Getreidekäufer darauf spekulieren, das Getreide nach Ausland (?) und den valutarsten Ländern trotz des Ausführverbotes zur Erzielung von Riesengewinnen zu verschleichen.“ Im Zusammenhang hiermit wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Landwirte bereits von Kartoffelpreisen in der Höhe von 100—150 Mark für den Zentner sprechen und diesen Schieberpreis mit der durch die Trockenheit hervorgerufenen geringen Herbsternte begründen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Getreidepreise bereits dem drei- bis fünffachen Preise vom Vorjahre entsprechen, daß aber die Einkommenssteigerung nicht im Verhältnis zu der Erhöhung der Ernährungslosten steht. Infolge der Preissteigerungen für Kartoffeln und Gemüse seien die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Hauptsache auf das rationierte Brot angewiesen, das aber bei einer Umlage von 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide unmöglich erhöht werden könne. Unter diesen Umständen seien Unruhen unausweichlich, weshalb der Reichs- und Ernährungsminister gebeten wird, ernstlich zu erwägen, ob er nicht in Anbetracht des kommenden Notstandes sofort Maßnahmen einleitet, die zu einer Erhöhung des Anleifers für das Brotgetreide führen.“

Um die Ernährung des kämpfenden arbeitenden Volkes sicherzustellen und dem Hunger Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, daß alle Arbeitenden kämpfen um die Erhöhung der Ablieferungspflicht der Großgrundbesitzer. Die Ablieferung muß erfolgen unter Kontrolle der Kleinbauern, Land- und Bauernarbeiterorgane. Sie haben auch die Festsetzung der Getreidepreise vorzunehmen. Pflicht der Eisenbahner ist es, ein wachsam Auge auf die Getreideschiebungen nach dem Ausland zu halten und den Transport unter allen Umständen zu verhindern.

Breslauer Nachrichten.

Eisenbahner gegen das Kohlskompromiß des Hauptvorstandes.

Die kommunistische Fraktion des DGB. hatte für Donnerstag, den 8. September, eine öffentliche Eisenbahnerversammlung einzuberufen. Der Zentralballsaal war stark besetzt. An Stelle des erst später eingetroffenen Referenten sprach Genosse Hentsch. Er legte kurz klar den Verbleib der freien Gewerkschaften, wie sie insbesondere seit Ausbruch des Krieges jeden Gedanken an Klassenkampf weit von sich gewiesen haben. Auf Grund der Arbeitsgemeinschaften und der dadurch bedingten Lähmung der Kampfkraft sind die Arbeiter mit in dieses ungeheure Elend gefallen. Die im Juni einsetzende Teuerung, die Erhöhung des Brotpreises und die in Aussicht stehenden Steuern veranlaßten den DGB, die Parole: „Kampf für Weltmarktlöhne“ herauszugeben. Als der DGB sich vor die Aufgabe gestellt sah, gemeinsam mit den Beamten und dem DGB bei der Regierung Lohnforderungen zu stellen, verlangten sie nicht etwa Weltmarktlöhne, sondern nur 1,50 M. pro Stunde für Arbeiter und 3600 M. pro Jahr für untere Beamte. Nach langen Verhandlungen ging der DGB und der DGB einen Kompromiß ein, der wohl den höheren Beamten eine große Erhöhung, aber den unteren Beamten und den Arbeitern nur eine Mark pro Stunde und keine Erhöhung der Kinderzulage brachte.

Wie der zweite Bevollmächtigte des DGB, Breslau, ausführte, hatten die Gewerkschaftsführer deshalb gegen einen Generalstreik gesprochen, weil der Reichsminister gesagt habe, er werde bei einer Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Arbeitern auf Seiten der Arbeiter stehen. Außerdem wäre ein Generalstreik der Eisenbahner nur der Reaktion zugute gekommen. Also die Arbeiter sind gut genug, um die wacklige Regierung nicht gegen die Reaktion zu schützen, sie dürfen aber heileide keine „überstimmten“ Forderungen stellen. Großmann anerkannte auch den Generalstreik als Waffe, aber — erst müssen die Arbeiter geschult genug sein.

Der inzwischen eingetroffene Referent legte den trassen Unterschied zwischen der Lebenslage der Eisenbahner in Deutschland und Rußland auseinander. Trotz ungeheurer Schwierigkeiten weiß die russische Regierung die Arbeitskraft gerade des Verkehrspersonals wohl zu würdigen, während in Deutschland eine kleine Zahl von Oberbeamten gemästet werden, und die Masse verkommt. Genosse Kott führte weiter aus, daß, solange der jetzige Hauptvorstand am Ruder ist, unter keinen Umständen an einen Generalstreik der Eisenbahner zu denken ist. Die Gewerkschaftsbürokratie weiß sehr wohl, daß, wenn das Wirtschaftsleben einer so ernsthaften Erschütterung ausgesetzt wird, auch die Gefahr besteht, daß ihre bürokratischen Einrichtungen und Archive zum Teufel gehen können. Dieser Gefahr wollen sich die Bürokraten nicht ansiehten, deshalb Arbeitsgemeinschaft, kein Generalstreik, selbst wenn die Profeten verhungern.

Es gibt nur ein Mittel, dem abzuhelfen: die intensivste Arbeit aller revolutionären Elemente, um die Gewerkschaften zu Organen des revolutionären Massenkampfes zu machen.

Die verlorene Aktion des Postpräsidenten Liebermann.

In der Dienstag-Nummer der „Schles. Arb.-Ztg.“ berichteten wir ausführlich über das Verbot unserer Zeitung. Wie mancher, der die Gründe gelesen, mit welchen der Herr Liebermann das Verbot begründete, wird sich an den Kopf gefaßt haben, auch wenn er nicht Kommunist ist und die betr. Artikel in Nr. 201 vom 8. September gelesen hat, und zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß man die „Schles. Arb.-Ztg.“ treffen wollte. Zum allgemeinen Verdruss des Herrn Liebermann währte dies Verbot nur einen Tag, denn am Sonntag mittag bekamen wir folgendes Schreiben:

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers des Innern wird das gegen die „Arb.-Ztg.“ unter dem 8. September 1921 erlassene Verbot aufgehoben.

J. R.
Dr. L i e b e r m a n n.

Was wird Herr Liebermann jetzt unternehmen? Er hat doch nun einmal der „Schles. Arb.-Ztg.“ den Kampf angejagt, um dieses verhaßte kommunistische Organ zu vernichten. Wir wünschen Herrn Postpräsidenten Liebermann zu seinem nächsten Schlachtenplan etwas mehr Glück; diesmal rufen wir mit ihm aus:

Hier steht ich nun, ich armer Tor,
Und bin so schlau als wie zuvor.

Der Generalstaatsanwalt bezieht die Verhandlung unserer Genossen.

Gemäß § 11 des Preßgesetzes erlaube ich in der nach Empfang dieses Schreibens nächsten für den Druck nicht

bereits abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung folgende Berichtigung zu dem in der Beilage zu Nr. 198 der Schlesischen Arbeiterzeitung vom 6. September 1921 enthaltenen Artikel „Unerhörte Zustände im Breslauer Untersuchungsgefängnis“ abzurufen:

1. Die Verpflegung der Gefangenen erfolgt nach den bestehenden Vorschriften. Erbrechen und Durchfall als Folge schlechter Kost sind nicht festgestellt worden.

2. Die Verfügung über die Annahme von Paketen seitens der Untersuchungsgefängnisse trifft nicht der Gefängnisdirektor, sondern der zuständige Richter. Es ist unzutreffend, daß Pakete nicht im Beisein der Gefangenen geöffnet und abschließend solange liegen gelassen würden, bis die Lebensmittel verschimmelt oder verdorben sind. Ein am 1. September d. S. in einem offen abgegebenen Paket enthaltenes Brot war bereits bei Eingang verschimmelt.

3. Der Untersuchungsgefängnisse Klein ist im Disziplinartwage von dem Untersuchungsrichter mit drei Tagen einsamer Einsperrung bestraft worden wegen ungehörigen Benehmens einem Oberwachtmeister gegenüber und wegen fortgesetzten Versuchs, durch Raßbier mit anderen Gefangenen in Verbindung zu treten.

4. Der Untersuchungsgefängnisse Neumann ist von dem Stützpunktmeister Bardehle nicht gemißhandelt worden.

5. Der Gefängnisinspektor hat dem Untersuchungsgefängnisse Neumann lediglich erklärt, daß ihm alle Vergünstigungen entzogen werden würden, wenn er sein ungehöriges Betragen nicht ändere.

Der Generalstaatsanwalt.

Auf diese Berichtigung des Herrn Oberstaatsanwalts werden wir in einer der nächsten Nummern eingehen.
Die Redaktion.

Parteieigentum

ist jede Nummer der kommunistischen Zeitung! Sie ist dir zu treuen Händen übergeben, damit du sie als Agitationsmittel benutzt.

Wer eine kommunistische Zeitung achillos in die Ecke wirft, ist noch kein Kommunist.

Nach der neuen Fernsprechnummer werden künftig bei der Zahlung der Ortsgespräche nicht aufgegeben: Verbindungen, die nicht zustandekommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht anwesend ist oder besetzt ist, oder die aus anderen Gründen (Störung, Sperre, längere Abwesenheit des Teilnehmers) nicht hergestellt werden können, Anmelbungen von Ferngesprächen und Gespräche mit Fernsprechtischstellen (Störungstellen, Auskünfte, Beschwerde- und Aufsichtsstellen der Orts- und Fernämter) in Angelegenheiten des Fernsprechtetriebes.

Mit der Einführung des Einzelgesprächstarifs wird für die Reichs-Telegraphenverwaltung die Frage, welches Entgelt der Inhaber eines Fernsprechanchlusses für dessen Benutzung von Dritten erheben darf, gegenstandslos. Vom 1. Oktober ab bleibt deshalb diese Regelung der freien Vereinbarung zwischen beiden Parteien überlassen.

Oberpostdirektion Breslau.

Aus der Provinz.

Die armen Junker.

Wenn es aus Steuerzahlen geht, dann können die Junker gottseibarmlich. Angeht sie „nichts“ mehr und Einnahmen hätten sie auch keine, so jagen sie. Wie die Sache aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt eine Auktionsanzeige in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“. Dort wird der Nachlaß des verstorbenen Rittergutsbesitzers Hannow zum Verkauf angeboten. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um Gegenstände, die den Erben überflüssig erschienen. Alle nur irgendwo brauchbaren Gegenstände haben die Erben natürlich zurückgehalten. Es heißt in der Auktionsanzeige:

2 elegante Leberlaubauer, 2 Jagd- und 1 Postwagen, 1 grüne Fledermaus, 4 Tische, 7 Stühle, komplette Bettgeräthe und Kattunen, Schränke, Kommoden, 1 Spiegel mit Konsole und Marmorplatte, Porzellan und Gobelins, mehrere Satz Danzabetten, herrliche Herrenanzüge und Mäntel, 1 Lederjacke, Etui und Schuhe, 1 eiserner Geldschrank, 2 Schreibstühle, 1 ant. Stuhl, 3 Fußbühnen, Musikinstrumente, Bücher u. a. m.

Ferner 1 antike Waffensammlung, bestehend aus 30 Gewehren verschiedener Systeme und 18 Säbeln, außerdem 1 Stein-schloßgewehr mit Eisenbein und Silberverlängerung aus dem Mittelalter, 1 Pagenhäkel (Eisenhauer mit Goldverlängerung).

Diese überflüssigen nachgelassenen Schätze des Herrn Hannow repräsentieren sicher einen sehr beträchtlichen Wert. Sicher weit über 200 000 M. Dieses gesamte Vermögen liegt aber allein zu Ruh und Frommen des jeweiligen Besters da, ohne daß der Staat auch nur den geringsten Nutzen hat.

Dafür stützt sich der Staat desto eifriger auf die sauer erarbeiteten Groschen der Land- und Industriebewohner, sowie der Kleinbauern. Aus ihrem Schwelch, aus ihrer Arbeit wird Gold geprägt zur Zahlung der durch Junker und Industrietapitalisten entkauften Schuldenlast des Staates, während diese ein luxuriöses Leben führen.

Landarbeiter und Kleinbauern, sorgt dafür, daß diesem Drogenentum ein Ende bereitet wird. Diese Schwarzhergeßschaft muß vor allen Dingen eingereicht werden in die Reihe der Arbeitslosen, ihr Bestium im Interesse der wertvollen Bevölkerung zum Wirtschaftsaufbau verwendet werden. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Ziegenhals. Auch die hiesigen Holzarbeiter stehen in Lohnverhandlungen. Am 7. September waren die Verhandlungen. Von den Arbeitern waren 50 Prozent Lohnverhöhung für alle Arbeiter gefordert. Von den Unternehmern wurden bewilligt: für Arbeiter über 22 Jahre 60 Pf., unter 22 Jahre 50 Pf. Dies ist eine Erhöhung von nur 15 Prozent, der ohnehin schon miserablen Löhne in dem teuren Baderort. Die Versammlung lehnte das Angebot ab und ist bereit zu streiken. Sekretär Kohl-Breslau machte den Vorschlag, die Forderung wie folgt zu staffeln: ab 1. September 25 Prozent, ab 1. Oktober weitere 10 Prozent, ab November weitere 5 Prozent. Die Versammlung lehnte auch dieses Kompromiß ab und beharrte auf einer sofortigen Lohnverhöhung von 50 Prozent.

Rote Hilfe.

25 Pfund-Brotmarken Gen. Claßen; 10 Pfund-Brotmarken Ortsgruppe Benzig; 17 Pfund durch R. J. Breslau; 5 Pfund-Brotmarken Ortsgruppe Schweidnitz; weiter gingen ein: Liste 19 181 Ortsgruppe Schmieberg 16,—; Liste 5436 Ortsgruppe Arnshorf 19,—; Liste 1016 Ortsgruppe Dittersbach 5,50; Liste 1017 Ortsgruppe Dittersbach 10,—; Liste 1018 Ortsgruppe Dittersbach 19,—; Komm. Bücherei 85,—; Liste 1170 Ortsgruppe Bunzlau 37,—; Liste 10128 Ortsgruppe Striegau 33,—; Liste 5202 Ortsgruppe Breslau (Volzpreßerei Archimedes) 85,—; Liste 39 744 Ortsgruppe Arnshorf 11,50; Liste 39 741 Ortsgruppe Arnshorf 24,—; Liste 39 742 Ortsgruppe Arnshorf 11,—; Liste 39 146 Ortsgruppe Altwasser 37,—; Liste 39 147 Ortsgruppe Altwasser 138,—; Liste 39 148 Ortsgruppe Altwasser 40,—; Liste 39 149 Ortsgruppe Altwasser 10,—; Liste 39 151 Ortsgruppe Altwasser (Wismarschacht Neu-Weißstein) 50,50; Liste 39 155 Ortsgruppe Altwasser 112,50; Liste 39 152 Ortsgruppe Altwasser 25,—; Liste 39 154 Ortsgruppe Altwasser 9,—; Liste 39 156 Ortsgruppe Altwasser 46,50; Liste 39 160 Ortsgruppe Altwasser 74,—; Liste 39 755 Ortsgruppe Bunzlau 12,—; Liste 39 756 Ortsgruppe Bunzlau 34,—; Liste 39 757 Ortsgruppe Bunzlau 72,—; Liste 39 758 Ortsgruppe Bunzlau 49,50; Liste 39 759 Ortsgruppe Bunzlau 20,—; Liste 39 760 Ortsgruppe Striegau 81,50. — Genossen, Proletariat, laßt die Revolutionäre, die in den Zuchtäusern schmachten, und ihre Familien nicht hungern! Sammelt weiter tüchtig! Gelder sind zu senden an R. Belle, Bücherei, Breslau V, Gräbschener Straße 45 (Postcheckkonto 38 599).

Rußlandhilfe.

Für die Hungernden in Rußland gingen weiter ein: Ortsgruppe Breslau 500 M., Ortsgruppe Breslau 300 M., Funktionäre des Bergarbeiter-Verbandes in Waldenburg 40 M., Neugebauer, Breslau, 30 M., Ortsgruppe Breslau (Mitglieder) 200 M. Zusammen 1070,— Mark. Bessere Geldsendungen, Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. nimmt entgegen: R. Belle, Breslau V, Gräbschener Straße 45 (Postcheckkonto 38 599). Bezirkshilfskomitee Schlesiens der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Veranstaltungskalender.

PSD. Breslau. Distrikt 5. Donnerstag, 15. September, abends 7 1/2 Uhr, Distriktsabend.
Distrikt 4/14: Freitag, 16. September, abends 7 1/2 Uhr, Distriktsabend.

Reichstein. Freitag, den 16. September, abends 6 Uhr: Öffentliche Kollaboration im Deutschen Hause. Thema: „Bericht vom 1. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale. Recht zahlreicher Besuch ist wegen der zur Zeit sehr wichtigen Tagesordnung zu empfehlen.“

Waldenburg. Mittwoch, den 14. d. Mts., Distriktsabend, Thema: Die neuen Lohnzulagen im Waldenburger Revier. Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, Kindergruppe, nachher Vortrag einer Jugendgenossin über das Thema: Die Arbeit der Frauen und Mädchen in der Organisation. Sonnabend, den 18. d. Mts., Arbeitsabend. Sonntag, den 19. d. Mts., Ausflug auf die Wildberge, Abgang 6 Uhr vom Jugendheim. Bei ungünstiger Witterung nachmittags 4 Uhr im Jugendheim: Gesellschaftliches Beisammensein.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannas, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshaf-Druckerei G. m. b. H. Berlin SW 48.

LunaPark

Täglich geöffnet.

MAX LANDSBERG

Gräbschener Str. 27

capacité présente

Anzüge / Ulster / Raglan/Schlüpfer/Joppen

u. Hosen

Mont. bis Freitag billigste Preise

Sonnabend geschlossen

Möbel aller Art

zu streng soliden Preisen
L. Rosner, Gräbsch 3

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das glänzende
Variété-Programm

Wir verkaufen

1 Haferbüchse . . . M. 1,—	1 Hutbürste . . . M. 3,50
3 Scheuerbürsten . . . 1,—	1 Röbelbüchse . . . 3,50
1 Schaber . . . 1,50	1 Rostbüchse . . . 3,50
3 Dosen Schuhschneide . . . 2,—	1 Küchenhandschuh . . . 3,50
1 Schuhschneidebürste . . . 3,—	1 Küchenbesen . . . 4,50
1 Kopfbürste . . . 3,—	1 Röbelbüchse . . . 4,50
1 Aufwischbesen . . . 3,—	1 Teppichfeger . . . 4,50
1 Lederkammer . . . 3,—	1 Kopfbürste . . . 16,—
1 Post Stahlbüchse . . . 3,—	1 Kopfbürste . . . 8,—
1 Haferbüchse . . . 3,—	1 Rostbüchse . . . 9,—

3 Scherentücher zusammen Mk. 5,—

Woll, Seide, Faserstoffe, Faltungen, Fäden, Knäueln usw. billig.
London & Co., Oderstraße 5, 2. Viertel vom Ring.

Achtung! Ortsgruppen! Referenten!

Die kommunistische Propaganda Nr. 77

ist erschienen. Preis 50 Pf.

Inhalt: Der Kampf um Brot.

- I. Der Kapitalismus kann keine Lohnfragen nicht mehr erörtern.
- II. Das Proletariat soll kein Brot haben.
- III. Der Kampf der Junker um ihren Profit.
- IV. Das Hungerjahr.
- V. Was tun die Gewerkschaften, die SPD und die UEPD.
- VI. Die kommunistischen Forderungen.

Zu beziehen nur durch Auftragskarte durch die

Kommunistische Bücherei

Reichen V, Gräbschener Str. 4.

Opferbereite Frauen und Mädchen

errichtet überall

Nähstuben für die Rußlandhilfe!